

INFORMATORISCHER VERMERK

des Sekretariats
für den Konvent

Betr.: Zusammenfassung der Beratungen der Kontaktgruppe "Regionale und lokale
Gebietskörperschaften"

1. Am 30. Januar 2003 haben unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden des Konvents, Herrn Jean-Luc Dehaene, an die hundert Teilnehmer als Vertreter des Ausschusses der Regionen, der allgemeinen wie auch der sektoralen europäischen Organisationen der regionalen und lokalen Körperschaften ¹, des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates wie auch einzelner Regionen und Städte an der Sitzung der Kontaktgruppe "Regionale und lokale Gebietskörperschaften" teilgenommen. Die Sitzung diente einer aktuellen Information über die Beratungen des Konvents und der Vorbereitung der Plenartagung am 7. Februar über die "regionale und lokale Dimension in Europa". Die Sitzung gab den Teilnehmern die Gelegenheit, von dem Arbeitspapier (CONV 518/03) Kenntnis zu nehmen, das den Mitgliedern des Konvents vom Präsidium vorgelegt worden war und dem Konvent ihre Standpunkte und Erwartungen darzulegen.
2. Alle Teilnehmer zeigten großes Interesse an dem Vermerk des Präsidiums und äußerten den Wunsch, dass der Konvent die darin gestellten Fragen positiv beantwortet. So wurde die in dem Vermerk des Präsidiums in Aussicht genommene Möglichkeit, in den ersten Artikeln der Verfassung auf die regionalen und lokalen Körperschaften Bezug zu nehmen, von den Mitgliedern der Gruppe einhellig begrüßt (siehe Frage 1 des Vermerks). Gleiches gilt für die Überlegungen zur Anhörung und zur Partnerschaft mit den Gebietskörperschaften (siehe Frage 2 des Vermerks).

¹ Versammlung der Regionen Europas (VRE), Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen (AGEG), Vereinigung der Regionen in äußerster Randlage (ARUP), Europäische Vereinigung der Gewählten von Bergregionen (AEM), Konferenz der Europäischen Regionalen Gesetzgebenden Parlamente (ALRE), Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), Konferenz der peripheren Küstenregionen Europas (KPKR), EUROCITIES, Koordination der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen (REGLEG).

3. Darüber hinaus forderten die Teilnehmer einhellig,
- a) dass die Prinzipien der demokratischen Verfassung und der Selbstverwaltung der lokalen Körperschaften, wie sie in der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung des Europarats definiert sind, als Grundwerte der Union genannt werden,
 - b) dass der territoriale Zusammenhalt als eines der Ziele der Europäischen Union genannt wird,
 - c) dass die Union den Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse eine Unterstützung zuteil werden lässt, wobei darauf verwiesen wurde, dass viele dieser Dienstleistungen von den regionalen und lokalen Körperschaften erbracht werden.
4. Die Vertreter des Ausschusses der Regionen, die als Beobachter am Konvent teilnehmen, verwiesen auf ihre jüngsten Beiträge für den Konvent ¹. Abgesehen davon, dass sie die in der Kontaktgruppe vorgebrachten Vorschläge unterstützten, hoben sie den Wunsch des Ausschusses hervor, den Rang eines EU-Organs und das Recht zu erhalten, nach dem vom Konvent vorgeschlagenen Verfahren in Bezug auf die Subsidiarität und zur Verteidigung seiner Rechte beim Gerichtshof zu klagen. Sie brachten außerdem das Anliegen vor, dass zum einen das Mandat der Mitglieder des AdR von 4 auf 5 Jahre verlängert wird und dass zum anderen die Organe, wenn sie den Stellungnahmen des Ausschusses nicht Folge leisten könnten, dies zu begründen haben.
5. Es wurden ferner insbesondere folgende Themen erörtert:
- a) an den Binnengrenzen der Union gelegene Regionen: es wurde gefordert, dass diesen Regionen ein Rechtsinstrument an die Hand gegeben wird, das die grenzübergreifende Zusammenarbeit fördert;
 - b) Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung des Europarats: es bestand die Auffassung, dass die Union, die ja nach den Vorstellungen des Konvents Rechtspersönlichkeit erhalten soll, dieser Charta, die bereits von allen Bewerberländern und nahezu sämtlichen Mitgliedstaaten ratifiziert wurde (außer in zwei Fällen, in denen das Ratifizierungsverfahren läuft), später beitreten könnte.

¹ Dok. CONV 494/03 und 520/03.

6. Schließlich erfolgte ein eingehender Meinungsaustausch über das Klagerecht der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis. Diese verlangten, dass diese Frage nicht einfach der Entwicklung der Rechtsprechung überlassen wird, und hielten den Vorschlag unter Nummer 8 der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Januar¹ für nicht befriedigend.
7. Der stellvertretende Vorsitzende Dehaene schloss die Beratungen mit dem Vorschlag, den Mitgliedern des Konvents außer dem Vermerk des Präsidiums (CONV 518/03) zu ihrer Information auch eine Zusammenfassung der Ergebnisse dieser Sitzung mit einer (von den Vereinigungen erstellten) Übersichtstabelle zu den verschiedenen derzeit bestehenden Vorschlägen zur Kenntnis zu bringen.

¹ "fordert den Konvent auf, zu gewährleisten, dass Regionen und sonstige Gebietskörperschaften – angesichts des Subsidiaritätsprinzips und wenn ihre Vorrechte durch einen Gemeinschaftsakt unmittelbar verletzt worden sind – ihre Rechte unter der Autorität des betreffenden Mitgliedstaats in Einklang mit seinem Verfassungsrecht oder seinen nationalen Rechtsvorschriften vor dem Gerichtshof verteidigen können;"

Arbeitspapier der europäischen Vereinigungen lokaler und regionaler Körperschaften ¹ -

für die Mitglieder des Europäischen Konvents

Plenartagung am 7. Februar über die lokale und regionale Dimension in Europa

BERÜCKSICHTIGUNG DER ROLLE DER LOKALEN UND REGIONALEN AKTEURE IM VERFASSUNGSVERTRAG

Übersichtstabelle zu den Vorschlägen der Vereinigungen lokaler und regionaler Körperschaften, des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission und des Ausschusses der Regionen, wie sie in der Sitzung der Kontaktgruppe "Regionale und lokale Körperschaften" vorgebracht wurden, die am 30. Januar 2003 unter dem Vorsitz von Herrn Dehaene stattfand

Plattform der Vereinigungen:

VRE - Versammlung der Regionen Europas

AGEG - Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen

CALRE - Konferenz der Europäischen Regionalen Gesetzgebenden Parlamente

RGRE - Rat der Gemeinden und Regionen Europas

KPKR - Konferenz der peripheren Küstenregionen Europas

EUROCITIES - Netz der großen europäischen Städte

sowie:

REG LEG - Koordination der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen

¹ Diese Übersichtstabelle wurde von der Konferenz der peripheren Küstenregionen Europas erstellt.

1. Achtung der nationalen, regionalen und lokalen Identität

Organ/Organisation	Formulierungsvorschlag ¹	Stelle im Vertrag ²
Plattform der Verbände	<i>"Die Europäische Union leistet einen Beitrag zur Erhaltung und zur Stärkung der gemeinsamen Werte unter Achtung der Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Völker Europas sowie der nationalen Identität der Mitgliedstaaten und der Organisationsweise der Körperschaften des öffentlichen Rechts auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene."</i> <i>"Die Union handelt unter Achtung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten, deren interner Strukturierung und der Autonomie ihrer Regionen und Gemeinden."</i>	Präambel Artikel 6
Europäisches Parlament	<i>"Die Union achtet die nationale Identität ihrer Mitgliedstaaten, deren interne Struktur und die Selbstverwaltung der Regionen und der Kommunen".</i>	Artikel 6 Absatz 3
Europäische Kommission	<i>Im Vertrag ist zu erwähnen, dass die Integration "unter Achtung der Vielfalt der nationalen, regionalen und lokalen Identität" zu erfolgen hat.</i>	keine Angabe
Ausschuss der Regionen	<i>"Die Union handelt unter Achtung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten der Union, einschließlich deren Regionen und deren lokaler Gebietskörperschaften (je nach ihrer internen Organisationsweise)."</i>	Artikel 6

¹ Auszüge aus Dokumenten:

- Eingabe der Plattform von vier Organisationen, die für die regionalen und lokalen Körperschaften repräsentativ sind (AGEG, RGRE, KPKR, EUROCITIES) für die Mitglieder des Konvents. Im Hinblick auf die Plenartagung am 7. Februar 2003 über die Rolle der regionalen und lokalen Körperschaften in der Europäischen Union
- "Die Rolle der regionalen und lokalen Körperschaften in der Europäischen Union soll Verfassungsrang erhalten." Arbeitsunterlage der europäischen Organisationen lokaler und regionaler Körperschaften (VRE, AGEG, RGRE, KPKR, EUROCITIES), 23. Oktober 2002
- Entschließung des Europäischen Parlaments zur Rolle der regionalen und lokalen Körperschaften im europäischen Aufbauwerk (2002/2141(INI))
- Mitteilung der Kommission zur institutionellen Architektur: "Für die Europäische Union. Frieden, Freiheit, Solidarität" (KOM(2002) 728 endg.)
- Stellungnahme des Ausschusses der Regionen vom 21. November 2002 zur Rolle der Regionen und Kommunen im europäischen Aufbauwerk (CdR 237/2002 fin)
- Beitrag der sechs Beobachter beim Konvent: "Der Ausschuss der Regionen und die Zukunft der Europäischen Union" CONV 494/03 CONTRIB 197, 17. Januar 2003
- Durchführbarkeitsstudie, Arbeitspapier PENELOPE: "Beitrag zum Vorentwurf eines Verfassungsvertrags für die Europäische Union", erstellt von einer Arbeitsgruppe der Europäischen Kommission unter der Leitung von F. Lamoureux im Auftrag von Präsident Prodi und mit Zustimmung der Kommissionsmitglieder Barnier und Vitorino, 4. Dezember 2002.

² Bezugnahme auf die Gliederung des vom Präsidium vorgelegten Vertragsentwurfs.

Koordination der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen	<ul style="list-style-type: none"> – <i>"Die Europäische Union leistet einen Beitrag zur Erhaltung und Stärkung der gemeinsamen Werte unter Achtung der Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Völker Europas sowie der nationalen Identität der Mitgliedstaaten und der Organisationsweise der Körperschaften des öffentlichen Rechts auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene."</i> – <i>Der Vertrag muss darüber hinaus einen Artikel enthalten, in dem präzisiert wird, dass die Gemeinschaft den internen Vorschriften der Mitgliedstaaten über die Kompetenzverteilung Rechnung trägt, ohne sie in Frage zu stellen.</i> – <i>Die Achtung der "nationalen Identität ihrer Mitgliedstaaten" nach Artikel 6 Absatz 3 EUV muss sich auch auf deren jeweilige nationale Strukturen und insbesondere die interne Kompetenzverteilung, auf deren regionale Gliederung sowie auf deren lokale Körperschaften des öffentlichen Rechts beziehen.</i> 	
---	---	--

2. Das Subsidiaritätsprinzip als Verbindungsachse zwischen gemeinschaftlicher, nationaler, regionaler und lokaler Ebene

Organ/Organisation	Formulierungsvorschlag	Stelle im Vertrag
Plattform der Verbände	<i>"Nach dem Subsidiaritätsprinzip wird die Union nur tätig, sofern und soweit die Ziele einer geplanten Maßnahme von den Mitgliedstaaten und je nach der nationalen Verfassungsordnung den regionalen und lokalen Körperschaften nicht in ausreichendem Maße verwirklicht werden können ..."</i>	Artikel 5
Europäisches Parlament	<i>"Nach dem Subsidiaritätsprinzip wird die Union nur tätig, sofern und soweit die Ziele einer geplanten Maßnahme von den Mitgliedstaaten bzw. den regionalen und lokalen Körperschaften - auf der Grundlage der ihnen nach dem Recht des betreffenden Mitgliedstaats übertragenen Zuständigkeiten - nicht in ausreichendem Maße verwirklicht werden können."</i> In Artikel 5 sollte ein Mechanismus zur Überwachung der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips vorgesehen werden.	Artikel 5 Unterabsatz 2
Ausschuss der Regionen	<i>"Nach dem Subsidiaritätsprinzip wird die Union nur tätig, sofern und soweit die Ziele einer geplanten Maßnahme von den Mitgliedstaaten bzw. deren Gebietskörperschaften - gemäß den Zuständigkeiten, die ihnen von dem Mitgliedstaat übertragen wurden - nicht in ausreichendem Maße verwirklicht werden können. Die Gemeinschaft beachtet (und achtet) die internen Vorschriften und die Organisationsweise der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Kompetenzverteilung."</i>	Artikel 5

Koordination der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen	<i>Beteiligen sich die nationalen Parlamente an dem Ex-ante-Mechanismus, mit dem beurteilt wird, ob Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzip eingehalten werden, so ist diese Beteiligung in den Bereichen, die in die Zuständigkeit der regionalen Parlamente fallen, unter Achtung der internen Bestimmungen der Mitgliedstaaten auf die regionalen Parlamente auszuweiten.</i>	
---	--	--

3. Anerkennung der Prinzipien der demokratischen Verfassung und der Selbstverwaltung der lokalen Körperschaften als Grundwerte der Union

Organ/Organisation	Formulierungsvorschlag	Stelle im Vertrag
Plattform der Verbände	<i>"Die Europäische Union achtet die mit der kommunalen Selbstverwaltung einhergehenden Rechte, wie sie in der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung des Europarates von 1985 garantiert werden."</i>	Artikel 6
Europäisches Parlament	Unterstützt die Forderung, dass die neue Verfassungsordnung der Europäischen Union die Charta der kommunalen Selbstverwaltung als Teil des gemeinschaftlichen Besitzstands einbezieht.	keine Angabe
Ausschuss der Regionen	<i>"Die Europäische Union achtet das Prinzip der regionalen Selbstverwaltung sowie die mit der kommunalen Selbstverwaltung einhergehenden Rechte, wie sie in der vom Europarat 1985 angenommenen Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung garantiert werden." In Absatz 3 wäre auf die Grundrechtecharta zu verweisen und deren Bestimmungen sind in den Vertrag aufzunehmen.</i>	Artikel 6

4. Bezugnahmen auf Partnerschaft und frühzeitige Konsultation der regionalen und lokalen Körperschaften durch die Europäische Kommission

ORGAN / ORGANISATION	FORMULIERUNGSVORSCHLAG	STELLE IM VERTRAG
Plattform der Verbände	<i>"Die europäische Demokratie kommt auf allen Ebenen der demokratisch gewählten Vertretungen zum Tragen: auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene sowie mit größtmöglicher Bürger-nähe. Im Rahmen der Ausarbeitung von Gesetzgebungsvorschlägen, Politiken und Maßnahmen mit möglicherweise erheblichen Auswirkungen auf die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften kon-sultiert die Union frühzeitig die betroffenen Seiten."</i> <i>"Die Union erkennt an, dass es für die Gestaltung, Umsetzung und wirksame Vermittlung der euro-päischen Rechtsvorschriften und Politiken einer aktiven Partnerschaft aller Exekutivebenen einschließ-lich der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bedarf."</i>	Kapitel über das Demokratieleben der Union
Europäisches Parlament	hinzufügen: <i>"gestaltet ihre Tätigkeit im Geist der Partnerschaft mit den Mitgliedstaaten und deren lo-kalen und regionalen Gebietskörperschaften."</i> Aufruf an die Kommission, an der Ausarbeitung der gemeinschaftlichen Rechtsakte und Politiken dieje-nigen in vollem Umfang und ständig zu beteiligen, die diese umsetzen müssen, wobei die Modalitäten für die Beteiligung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften an diesen vorbereitenden Arbeiten durch den nationalen Rahmen bestimmt werden.	Artikel 211 keine Angabe
Europäische Kommission	<i>"Bezüglich der Ausarbeitung legislativer Initiativen und der Politikgestaltung könnte der künftige Ver-fassungsvertrag unter Berücksichtigung der Verfassungssysteme der Mitgliedstaaten allgemeine Grund-sätze für die Konsultierung der betroffenen Seiten, der nationalen Verwaltungen sowie der regionalen und kommunalen Behörden enthalten. Es bedarf - soweit dies angemessen ist - einer stärkeren Berück-sichtigung der Unterschiedlichkeit lokaler Gegebenheiten, sowohl im Stadium der Politikgestaltung als auch bei der Umsetzung, beispielsweise durch Dreiervereinbarungen zwischen der Kommission, den Mitgliedstaaten und den Regionen oder lokalen Gebietskörperschaften im Hinblick auf die Anwendung bestimmter Gemeinschaftsvorschriften, unter Berücksichtigung der Verfassungssysteme der Mitglied-staaten."</i>	Keine Angabe
Ausschuss der Regionen	In Artikel 6 die Prinzipien der Konsultation und der Partnerschaft hinzufügen. In Artikel 211 hinzufügen: <i>"Die Kommission übt ihre Tätigkeiten in einem Geiste der Partnerschaft mit den Mitgliedstaaten und mit den gewählten Vertretern der Gebietskörperschaften bzw. deren Vertre-tungsgremien unter Achtung des Grundsatzes der verantwortungsvollen Verwaltung und insbesondere des Grundsatzes der Konsultation aus."</i>	Artikel 6 Artikel 211

PENELOPE	<i>"Alle Maßnahmen der Union genügen den Anforderungen der Transparenz der verantwortungsvollen Verwaltung und der Dezentralisierung."</i>	Artikel 10
	Ferner in Artikel 88 aufzunehmen: <i>"Mit Blick auf die Sicherstellung der Verhältnismäßigkeit, der Kohärenz und der Transparenz der Maßnahmen der Union nimmt die Kommission umfassende Anhörungen der betroffenen Seiten vor."</i>	Artikel 88

5. Nennung des territorialen Zusammenhalts als Ziel der Europäischen Union

ORGAN / ORGANISATION	FORMULIERUNGSVORSCHLAG	STELLE IM VERTRAG
Plattform der Verbände	<i>"Der Europäischen Union obliegt die kohärente und solidarische Gestaltung der Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen ihren Völkern mit dem Ziel, den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt des gesamten europäischen Raums zu gewährleisten."</i> <i>"Die Union fördert und unterstützt die transeuropäische (grenzüberschreitende, transnationale und interregionale) Zusammenarbeit einschließlich kommunaler Partnerschaften, und des Erfahrungsaustauschs als europäische Aufgabe und politisches Ziel".</i> <i>"Für die Union geht es um die Vertiefung eines Projekts, das den Erwartungen ihrer Bürger entspricht und das ihnen Wohlstand und Solidarität und eine Lebensqualität bietet, die auf dem Schutz der Umwelt, auf hochwertigen und für alle zugänglichen Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und einem hohen Sozialschutzniveau beruht."</i>	Artikel 2
Europäisches Parlament	In Artikel 2 einfügen <i>"die Förderung des territorialen Zusammenhalts"</i> An Artikel 158 anfügen: <i>"Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, die grenzübergreifende Zusammenarbeit an ihren Binnen- und Außengrenzen zu fördern sowie den dafür notwendigen rechtlichen Rahmen zu schaffen und das Statut der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit umzusetzen"</i> Konsolidierung von Artikel 299 Absatz 2 betreffend die Regionen in äußerster Randlage	Artikel 2 Artikel 158 Absatz 3 Artikel 299 Absatz 2
Europäische Kommission	<i>"Es herrscht Solidarität zwischen den europäischen Staaten und Regionen Europas."</i>	Keine Angabe

PENELOPE	<i>"Die Union bemüht sich um Förderung des europäischen Gesellschaftsmodells im Weg der zukunfts-fähigen Entwicklung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, der Entfaltung der Kulturen der Mit-gliedstaaten, eines hohen Umweltschutzniveaus und der Solidarität zwischen allen zentralen Regionen, Regionen in Randlage und Inselregionen."</i>	Artikel 2
-----------------	--	-----------

6. Die Bezugnahme auf die gemeinsamen Politiken im Verfassungsteil des Vertrags

ORGAN / ORGANISATION	FORMULIERUNGSVORSCHLAG	STELLE IM VERTRAG
Plattform der Verbände	<i>"Die Union verpflichtet sich, die europäischen Politiken an den im europäischen Projekt definierten Aufgaben auszurichten. Sie sorgt dafür, dass ihre Durchführung sowohl zur Entwicklung einer blühen-den Wirtschaft als auch zur Verstärkung der Solidarität beiträgt, die erforderlich ist, um den Zusam-menhalt der Gesellschaft und des europäischen Raums zu gewährleisten."</i>	In Titel V ("Umsetzung und Maßnahmen der Union")
Europäische Kommission	<i>Es bedarf auch einer gewissen Vorsicht hinsichtlich der Art und Weise, wie die gemeinsame Politik in den verschiedenen Bereichen im künftigen Verfassungsvertrag beschrieben wird. Bis auf eine allge-meine Bestimmung zu den Zielen beschreibt der dem Konvent vorgelegte Vorentwurf des Verfassungs-vertrags die gemeinsamen Politiken nicht etwa im Teil über die Verfassungsarchitektur, sondern ledig-lich in einem zweiten Teil. Diese Art der Präsentation dürfte auf keinen Fall den Umstand berühren, dass alle Teile des künftigen Verfassungsvertrags zum primären Recht der Union gehören.</i>	Unbestimmt

7. Rolle des Ausschusses der Regionen

INSTITUTION / ORGANISATION	FORMULIERUNGSVORSCHLAG	STELLE IM VERTRAG
Plattform der Verbände	<i>"Der Gerichtshof ist ebenfalls zuständig für Nichtigkeitsklagen, die vom Ausschuss der Regionen gegen Rechtsakte, die das Subsidiaritätsprinzip verletzen können, erhoben werden."</i>	
Europäisches Parlament	An Artikel 230 des EG-Vertrags anfügen: <i>"Der Gerichtshof ist ebenfalls zuständig für Nichtigkeitskla-gen, die vom Ausschuss der Regionen gegen Rechtsakte, die das Subsidiaritätsprinzip verletzen können, oder zur Wahrung seiner Rechte erhoben werden."</i> An Artikel 265 des EG-Vertrags anfügen: <i>"Der Rat und die Kommission erstellen regelmäßig einen Be-richt über die im Anschluss an die Stellungnahmen des Ausschusses der Regionen getroffenen Maßnah-men mit entsprechender Begründung."</i>	Artikel 230 Artikel 265
Europäische Kommission	<i>Es ist erforderlich, besser "den übrigen Aufträgen der Organe der Union, insbesondere des Ausschusses der Regionen, Rechnung zu tragen"</i>	Keine Angabe

Ausschuss der Regionen	An die Aufzählung der Organe in Artikel 7 <i>"ein Ausschuss der Regionen"</i> anfügen. Im Fünften Teil einen Abschnitt <i>"Der Ausschuss der Regionen"</i> einfügen Zusatz zu Artikel 230: <i>"Der Gerichtshof ist für Klagen von Mitgliedstaaten, Regionen oder lokalen Gebietskörperschaften eines Mitgliedstaates und Klagen des Ausschusses der Regionen wegen Verstößen gegen das Subsidiaritätsprinzip zuständig. Unter denselben Voraussetzungen ist der Gerichtshof für Klagen des Europäischen Parlaments, des Rechnungshofes, der Europäischen Zentralbank und des Ausschusses der Regionen zuständig, die auf die Wahrung ihrer Rechte abzielen."</i>	Artikel 7 Fünfter Teil, "Die Organe" Artikel 230
Zusätzliche Stellungnahme VRE-REGLEG-CALRE	An Artikel 230 Absatz 2 anfügen : <i>"Zu diesem Zweck ist der Gerichtshof für Klagen zuständig, die wegen Unzuständigkeit, Verletzung wesentlicher Formvorschriften, Verletzung dieses Vertrags oder einer bei seiner Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm oder wegen Ermessensmissbrauchs von einem Mitgliedstaat, dem Europäischen Parlament, dem Rat, der Kommission oder - im Rahmen der ihnen in der Verfassungsordnung der Mitgliedstaaten übertragenen Befugnisse und Rechte - von Regionen erhoben werden."</i>	Artikel 230

8. Loyale Zusammenarbeit

ORGAN / ORGANISATION	FORMULIERUNGSVORSCHLAG	STELLE IM VERTRAG
Plattform der Verbände	<i>"Die Mitgliedstaaten und die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften treffen alle Maßnahmen allgemeiner oder besonderer Art zur Erfüllung der Verpflichtungen, die sich aus diesem Vertrag oder aus den Rechtsakten der Organe der Gemeinschaft ergeben. Die Mitgliedstaaten erleichtern in Zusammenarbeit mit ihren Gebietskörperschaften der Union die Wahrnehmung ihrer Aufgaben."</i>	Artikel 10
Europäisches Parlament	<i>"Die Mitgliedstaaten sowie - nach Maßgabe der jeweiligen Verfassungsordnung - deren lokale und regionale Gebietskörperschaften treffen im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten alle geeigneten Maßnahmen allgemeiner oder besonderer Art zur Erfüllung der Verpflichtungen, die sich aus diesem Vertrag oder aus den Rechtsakten der Organe der Gemeinschaft ergeben".</i> Einfügung des folgenden neuen Artikels 10a : <i>"Die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der Mitgliedstaaten beteiligen sich in den durch die nationalen Rechtsvorschriften vorgesehenen Bereichen an der Verwirklichung der Ziele und an der Stärkung der Politik der Union."</i>	Artikel 10 Absatz 1 Artikel 10a

Ausschuss der Regionen	<i>"Die Mitgliedstaaten sowie - im Rahmen ihrer Befugnisse - ihre Gebietskörperschaften, treffen im alle geeigneten Maßnahmen allgemeiner oder besonderer Art zur Erfüllung der Verpflichtungen, die sich aus diesem Vertrag oder aus den Rechtsakten der Organe der Gemeinschaft ergeben."</i> <i>"In Verbindung mit dieser Bestimmung enthalten alle Legislativvorschläge eine Abschätzung ihrer Auswirkungen auf die finanzielle und administrative Mittelausstattung der für ihre Umsetzung zuständigen Stellen."</i>	Artikel 10
PENELOPE	Artikel 4 über die Beziehungen zwischen der Union und den Mitgliedstaaten, der den folgenden Passus enthält : <i>"(2) Die Union handelt unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips den Mitgliedstaaten gegenüber loyal und wahrt ihre Identität sowie ihre nationale und regionale Vielfalt. Sie achtet die Verfassungsordnung der Mitgliedstaaten, auch in den Beziehungen zu deren Gebietskörperschaften."</i>	Artikel 4